

Stellungnahme der **CDU** - Gemeinderatsfraktion zum Haushaltsplanentwurf 2019 der Stadt Geislingen an der Steige

Lassen Sie mich gleich zu Beginn meiner Haushaltsrede eine zusammenfassende Bewertung der Situation unserer Stadt vornehmen. Die letzten beiden Haushaltsjahre haben mit besseren Ergebnissen als geplant abgeschlossen. Und der Entwurf des Haushaltsplans 2019 sieht erfreulicher aus, als das, was wir seit vielen Jahren leider immer wieder beklagen mussten. Er schließt mit einem Überschuss ab, die Verschuldung liegt deutlich niedriger als geplant, es konnten Rücklagen in einer Höhe gebildet werden, wie wir sie seit Jahren nicht mehr kannten und schon gar nicht mehr für möglich hielten, wir können Bauvorhaben in Angriff nehmen, und es fließen für diese bevorstehenden Projekte nahezu alle erhofften Zuschüsse, wobei wir insbesondere von der guten Konjunktur und den damit einhergehenden Steuereinnahmen von Bund und Land profitieren.

Im Grunde genommen sind wir erstmals nach vielen sehr, sehr schwierigen Jahren wieder – zumindest was die Finanzen betrifft – eine ganz „normale“ Stadt, ein Zustand, an den sich insbesondere unsere jüngeren Kollegen im Gremium gar nicht mehr erinnern können. Ja, möchte man gerne hinzufügen, es liefе eigentlich alles recht gut, ja, wenn nur das Michelberg-Gymnasium nicht wäre. Aber das ist wieder ein anderes Thema, das ich an dieser Stelle nicht vertiefen möchte ... Dabei sind wir natürlich nicht über Nacht plötzlich reich geworden, aber es tut ja schon richtig gut, wenn bei uns eine gewisse Normalität einkehrt und wenn man mal etwas erleichterter als gewohnt ins neue Jahr starten kann.

Und dennoch haben wir natürlich die Haushaltsreden von OB Dehmer und Kämmerer Pawlak im Ohr, sie haben uns vor Augen geführt, dass und warum diese positive Entwicklung so nicht anhalten wird. Die Risiken schwankender Einnahmen, exemplarisch dargestellt an der praktischen Erfahrung mit der Gewerbesteuer in den letzten Jahren, aber insbesondere der Blick in den Finanzplan der Folgejahre relativiert die guten Aussichten fürs Jahr 2019.

Wir sind uns sicher, weder die Verwaltung noch der Gemeinderat wollen etwas schlechter reden als es ist, aber die gemeinsame Verantwortung fürs Ganze gebietet eine nach wie vor sparsame und umsichtige Haushaltsführung. Dies war auch das Erfolgsrezept der vergangenen Jahre, und damit sind wir nicht schlecht gefahren. Denn unter teilweise schwierigen Rahmenbedingungen ist es auch im Jahr 2018 gelungen, auf vielen Gebieten vorzeigbare Ergebnisse oder zumindest Fortschritte zu erzielen. Wenn ich die Themen, die wir vor einem Jahr beraten haben, noch einmal in Erinnerung rufen darf, kann man mit Fug und Recht feststellen, dass davon eine ganze Menge abgearbeitet wurde. Ich möchte das an folgenden Beispielen deutlich machen:

- Wir sprechen bei der Halle in Aufhausen nicht mehr von der Planung, sondern die Umsetzung ist voll im Gange, ein erstes, großes Auftragspaket wurde vergeben.
- Die Realisierung der Mensa der Tegelbergschule hing vor einem Jahr noch am seidenen Faden. Inzwischen konnte die Maßnahme beschlossen werden.
- Der Abbruch des Altbestands in den Bruckwiesen ist abgeschlossen, die Voraussetzungen für die Schaffung neuen, attraktiven Wohnraums sind geschaffen.
- Eines unserer großen Sorgenkinder über einen langen Zeitraum hinweg, der Gewerbepark Schwäbische Alb, hat sich zu einem Hoffnungsträger entwickelt. Er ist nahezu voll, die Nachfrage von Interessenten hält an, und in der Verbandsversammlung beschäftigt man sich mit der Erweiterung der Flächen.
- Die Stadtmarketingkonzeption steht und wurde uns zur Orientierung und als Leitfaden an die Hand gegeben. An ihr kann man allerdings besonders erkennen, dass eine solche Konzeption

kein statischer Zustand, sondern eine fortwährender Prozess ist, der der ständigen Aktualisierung und Fortschreibung bedarf.

- Im Bereich Tourismus wurden deutliche Akzente gesetzt. Die inzwischen erfolgte Beschilderung der Wanderwege auf unserer Gemarkung, ebenfalls der Radwege in Kooperation mit dem Landkreis, kann als vorbildlich bezeichnet werden. Auch was der Schwäbische Albverein dazu beigetragen hat, ist der Erwähnung und des Lobes wert.
- Das Alte Rathaus hat in den letzten Tagen seine Turmspitze wieder aufgesetzt bekommen, sodass wohl in allernächster Zeit auch das restliche Stück des Gerüsts vollends verschwinden und das Gebäude in Gänze und voller, sanierter Pracht im Schein der neuen Weihnachtsbeleuchtung erstrahlen kann.
- Im Stadtbezirk Stötten ist eine Maßnahme beendet worden, die zum Jahrhundertprojekt zu werden drohte, der Ausbau der Winterreutestraße. Sie wird uns in den nächsten Jahren als Thema der Haushaltsberatungen richtig fehlen.
- Letztes Jahr war noch vom „geplanten“ Gründerzentrum der Rede. In der Zwischenzeit steht es, hat als „G-INNO, Geislinger Innovations- und Startup Center“ seine Arbeit aufgenommen und findet nach allem, was man in den letzten Wochen so hört, einen guten Zuspruch.

Wenn wir nun die bereits begonnenen Aufgaben fortsetzen und die vielen neuen des Jahres 2019 ff. in Angriff nehmen, tun wir dies nicht planlos oder gar willkürlich, sondern wir orientieren uns selbstverständlich in erster Linie an den gesetzten strategischen Zielen. Dennoch bleibt es nicht aus, dass davon abweichend immer wieder neue Forderungen und Herausforderungen ins Haus schneien, mit denen man zuvor nicht gerechnet hatte und auch nicht rechnen konnte, siehe Kindergärten. Zunächst möchte ich aber die aus Sicht unserer Fraktion wichtigsten Themenfelder, die wir bei der letzten Haushaltsberatung benannt haben, daraufhin prüfen, inwieweit es gelungen ist und weiterhin gelingen wird, die daraus resultierenden Kernziele zu erreichen. Im Einzelnen handelt es sich dabei um die Themen **1. Einwohnerzuwachs, 2. Arbeitsplätze, 3. Infrastruktur/Verkehr, 4. Schulen sowie Kinder- und Jugendeinrichtungen, 5. Stadtmarketing, 6. Finanzen.**

Zu **1. Einwohnerzuwachs:** Mehr Einwohner brauchen mehr Wohnungen

Sowohl OB Dehmer als auch Herr Pawlak haben seit längerer Zeit darauf hingewiesen, wie wichtig es für die Stadt sein würde, einen spürbaren Einwohnerzuwachs zu bekommen. Niemand hatte gedacht und erwartet, dass ein solches in der Regel mittel- bis langfristiges Ziel schon in kurzer Zeit erste positive Ergebnisse zeitigen würde. Die für uns so wichtigen Schlüsselzuweisungen haben sich nunmehr innerhalb weniger Jahre von 12 auf 24 Mio. € verdoppelt. Es gibt natürlich unterschiedlichste Ursachen für diese Entwicklung, und sie liegen nicht allein in der Hand der Stadt. Aber allein die genannte Zahl zeigt, wie wichtig es ist, unsererseits die Hausaufgaben dafür zu machen, dass eine solche Entwicklung überhaupt möglich wird. Für dieses Mehr an Menschen brauchen wir einerseits attraktiven, andererseits aber auch bezahlbaren Wohnraum. Deshalb ist es richtig, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, und wir tun dies auch. Die GSW ist dabei, in den Bruckwiesen für neuen Wohnraum zu sorgen und in der Konrad-Adenauer-Straße ist ein privater Investor zugange, zahlreiche neue Wohnungen zu schaffen.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir gerne auch nochmals die sicherlich nicht unberechtigten Hinweise aus der dortigen Umgebung aufnehmen, doch alles Erdenkliche zu versuchen, um mit der Bahn zu einer Lösung dahingehend zu kommen, dass die geplante Stützmauer näher an der Bahnlinie und damit wesentlich niedriger gebaut werden kann als derzeit vorgesehen. Wir kennen alle Probleme mit der Bahn und wissen, dass wir sie zu nichts zwingen können, aber der erneute Versuch ist es allemal wert.

Wir begrüßen sehr, dass alsbald Bauplätze für Eigenheime in Aufhausen ausgewiesen werden sollen, wie überhaupt in erster Linie unsere Stadtbezirke für weiteres Bauen in Frage kommen. Sowohl dort als auch im Stadtgebiet selbst muss aber auch noch mehr als bisher auf das Schließen von Baulücken hingearbeitet werden, wohlwissend, dass die Stadt meist nicht Eigentümer und somit auch nicht Herr des Verfahrens ist.

Zu 2. **Arbeitsplätze:** Mehr Einwohner brauchen mehr Arbeitsplätze

Dazu habe ich in meinem Rückblick zu Beginn der Rede schon Grundsätzliches gesagt. Der Gewerbepark Schwäbische Alb muss unbedingt weiterentwickelt werden, Impulse wie das Gründerzentrum G-INNO müssen von der Stadt unterstützt werden, wie es ja auch tatsächlich geschieht, und im Übrigen gilt hier Ähnliches wie für den Wohnungsbau: auch innerörtliche Lücken in bestehenden Gewerbegebieten oder Leerstände muss man für solche Zwecke verstärkt ins Auge fassen. Oft sind sie für kleine Handwerksbetriebe sowohl von der Größe als auch von der Lage her ausreichend und interessant. Ich könnte mir dabei z. B. auch frei werdende Flächen im WMF-Areal vorstellen.

Zu 3. **Infrastruktur/Verkehr:** Mehr Einwohner, mehr Arbeitsplätze – dafür braucht man eine bessere Infrastruktur

Ja, es ist richtig, mehr Einwohner spülen uns über die Schlüsselzuweisungen nicht nur mehr Geld in die Kasse, sondern erfordern auch ein Mitwachsen der Infrastruktur. Das spüren wir beispielsweise im Hinblick auf die Betreuungsplätze in unseren Kindergärten.

Infrastruktur heißt aber auch Verkehr, Digitalisierung, Breitbandausbau u.a.m. Zunächst zu einigen erfreulichen Punkten. Der Breitbandausbau und die Verbesserung der Netze mit größeren Übertragungsleistungen sowohl im Festnetz als auch im mobilen Bereich ist in Teilen der Stadt von der Telekom gut vorangetrieben worden, und es bleibt zu hoffen, dass durch die steigenden Anstrengungen von Bund und Land und entsprechende Auflagen an die Netzbetreiber die Schlagzahl und die Geschwindigkeit der Umsetzung noch deutlich erhöht werden. In diesem Zusammenhang begrüßen wir selbstverständlich auch den jetzt bekanntgegebenen Zuschuss des Landes für den Stadtbezirk Stötten. Der Netzausbau kommt allmählich voran, allerdings fehlt es gerade in einigen Stadtbezirken immer noch an einer flächendeckend guten Versorgung durch geeignete Betreiber.

Erfreulich ist auch, dass es im Radwegebau weitergeht und die Lücke im überregionalen Radwegnetz zwischen Geislingen und Amstetten demnächst geschlossen wird. Im ersten Schritt mit dem bevorstehenden Baubeginn des Teilabschnitts zwischen der Straub-Mühle und der Gemarkungsgrenze zu Amstetten. Die Lösung für den anderen Abschnitt durchs Rohrchtal entspricht zwar nicht den Vorstellungen des Gemeinderats, die Fakten sind bekannt und leider von uns aus nicht weiter beeinflussbar. Es bleibt zu hoffen, dass die uns „aufs Auge gedrückte“ Variante so radfahrerfreundlich und naturnah wie eben dann möglich gebaut wird. Und es bleibt der Trost, dass von den nicht ganz so eiligen Radtourenfahrern der vorhandene Weg auf der Bergseite durch den Wald weiterhin genutzt werden kann.

Nicht so erfreulich ist der Fortgang bzw. Nicht-Fortgang in Sachen Tälesbahnradweg bis zum Bahnhof. Die Stadt tut zwar, was sie kann, und baut im kommenden Jahr einen weiteren Abschnitt, der dann im Seebach enden, aber eben leider nicht bis zum Bahnhof führen wird. Dies wegen der ungeklärten Situation eines evtl. nötigen dritten Gleises. Und damit sind wir bei einem ganz leidigen Kapitel. Wenn ich alles, was ich in den vergangenen Jahren in meinen Haushaltsreden zu den Themen Bahn, Bahnhof, Aufzüge, Zugang zu den Bahnsteigen, Fahrplan, Pünktlichkeit, nein, Unpünktlichkeit, Verbindungen nach Ulm, Monopolexpress und Trasse für den Radweg vorgetragen habe, wiederholen würde, dauerte dies mindestens so lange wie eine ganze Haushaltsrede. Und den Kollegen Fraktionsvorsitzenden wird es kaum anders vorkommen.

2019, meine Damen und Herren, müsste er eigentlich fahren, der Metropolexpress, 2019 müsste der Umbau des Bahnhofs bzw. der Bahnsteige stattfinden, wenn die Zusagen der Bahn und des Landesverkehrsministers eingehalten würden. Daran ist nicht zu denken, das wissen wir alle, denn längst müssten die Voraussetzungen dafür geschaffen sein. Doch nichts davon, nach wie vor wird die Zeit damit verplempert, die Notwendigkeit eines dritten Gleises zu untersuchen. Eines dritten Gleises mit Millionenaufwand, das man eventuell vorübergehend braucht, und zwar nur vorübergehend, bis die Neubaustrecke Stuttgart-Ulm fertig ist. Was sind denn das für Überlegungen, anstatt den Metropolexpress bis Amstetten oder, was noch viel sinnvoller wäre, bis Ulm durchfahren zu lassen und damit auch den Amstetter Raum mit solchen Verbindungen zu bedienen, wie sie notwendig sind, um die Leute zum Umsteigen vom Auto auf die Bahn zu bewegen, was diesem Verkehrsminister doch ein großes Anliegen ist.

Wir neiden der Laichinger Alb den Bahnhof Merklingen nicht und er mag ja, wenn man überregional zukunftsorientiert denkt, durchaus seine Berechtigung haben. Aber was uns doch gewaltig ärgern muss, ist die Tatsache, dass man in der seinerzeitigen politischen Diskussion unsere Vorbehalte mit einer schnellen Zusage für den Metropolexpress ausräumen und den Raum Geislingen damit beschäftigen wollte. Damit konnte Minister Hermann dem Druck auf der Alb nachgeben, ohne allzu große Störfeuer aus dem Filstal befürchten zu müssen. Wenn der Minister sich nun mit gleicher Vehemenz für den Metropolexpress einsetzen würde, wie er die Nachfinanzierung von weiteren 10 Mio. € für Kostenerhöhungen beim Bahnhof Merklingen aus dem Hut gezaubert hat, könnte er sich unsere berechtigten Vorwürfe ersparen. Aber so, wie die Sache bisher läuft, führt sie leider zu dem, was doch alle Politiker nicht haben wollen, nämlich Politikverdrossenheit. Die Verwaltung hat deshalb unsere volle Unterstützung und wir fordern sie auch auf, gegenüber Bahn und Land im Themenkomplex Metropolexpress sowie Bahnhof hart am Ball zu bleiben. Dass dies ein mühseliges Geschäft ist, ist uns wohl bewusst.

Ich bin beim Thema Infrastruktur, und dazu zählen auch unsere Straßen. Ich gehöre zu denen, die sich an Beschlüsse halten, auch wenn sie nicht in meinem Sinne ausgefallen sind. Das gilt auch für die getroffenen Entscheidungen des Gemeinderats in Sachen Lärmaktionsplan. Dennoch haben wir dieses Thema anschließend noch auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung. Einem Antrag unseres Kollegen Peter Maichle, den Punkt auf die Tagesordnung zu nehmen, haben Mitglieder aus zwei Fraktionen zugestimmt. Ich spreche dies jetzt schon im Rahmen der Haushaltsrede an, weil es ein Thema ist, das große Teile der Stadt betrifft und der Zustand der Straßen in der Stadt, in wessen Zuständigkeit auch immer sie liegen, oft beklagt wird. Deshalb sehe ich das Ansinnen, sich für die übergeordneten Straßen um Flüsterasphalt zu bemühen, nicht nur als eine Teilmaßnahme des Lärmaktionsplans, sondern möglicherweise auch als einen sinnvollen Beitrag zur Sanierung und Verbesserung großer Straßenabschnitte in unserem Stadtgebiet, die ansonsten auf absehbare Zeit nicht stattfinden werden. Deshalb möchte ich als Überlegung für diesen Punkt mit auf den Weg geben, den beschlossenen Lärmaktionsplan nicht aufzugeben, aber ihn ggf. dahingehend zu modifizieren oder zu ergänzen, dass wir für die Bundesstraßen B 10 und B 466 den Einbau von Flüsterasphalt beim Straßenbaulastträger beantragen und für alle anderen Straßen die beschlossenen Beschränkungen aufrechterhalten.

Zum Thema Parkierung in der Stadt hat die CDU-Fraktion vor Kurzem einen Antrag gestellt, der in der letzten Woche im TA behandelt wurde. Verwaltung und Gemeinderat kennen die nicht einfach zu lösende Problemstellung und sind sich einig, dass dieses Thema auf der Agenda bleiben muss. Eine entsprechende Vorgehensweise unter Einbeziehung externen Sachverständigen ist auf den Weg gebracht. Insoweit möchte ich heute auf weitere Ausführungen verzichten.

Zu den Verkehrsthemen, die die Stadt berühren, gehört auch der Beitritt des Landkreises zum VVS. Wir haben zwar nicht darüber zu entscheiden, das ist Angelegenheit des Kreistags, aber wir haben dazu eine Meinung. Es ist gar keine Frage, dass der Beitritt zum VVS für die Nutzer Vorteile mit sich bringt. Und es ist auch kein Wunder, dass man bei den Betroffenen offene Türen einrennt, wenn solche Angebote attraktiver und preislich günstiger als bisher gestaltet werden können. Wenn der ÖPNV dadurch an Anziehungskraft gewinnt und das Nutzerverhalten im Interesse der Umwelt und

angesichts verstopfter Straßen positiv beeinflusst werden kann, spricht erst recht vieles dafür. Vor diesem Hintergrund befürworten auch wir im Interesse unserer Bürger ausdrücklich die Ausdehnung des VVS auf den Landkreis Göppingen. Wie so oft, hat auch diese Sache einen Pferdefuß. Sie kostet viel Geld, sehr viel Geld, und wir wissen auch, dass diese Kosten auf dem Umweg über die Kreisumlage anteilig mit einem sechststelligen Betrag im städtischen Haushalt landen. Was dies bedeutet und welche Erwartungen wir an den Landkreis damit verbinden, werde ich im Kapitel Finanzen nachher noch ansprechen.

Begrüßen möchten wir selbstverständlich auch einige Verbesserungen im neuen Nahverkehrsplan des Landkreises, u.a. die künftige Bus-Andienung der Neuwiesen.

Zu 4. Schulen sowie Kinder- und Jugendeinrichtungen: Attraktivität der Stadt für die Einwohner und für die Betriebe – das erfordert auch gute Schulen und Kindergärten

Schon in meiner letzten Haushaltsrede habe ich darauf hingewiesen, welch toller Schulstandort Geislingen ist, und dass wir mit der Vielfalt und Qualität unserer Schulen und unserem Bildungsangebot einschließlich einer renommierten Hochschule richtig punkten können. Bemängelt habe ich, dass uns immer noch ein Gesamtzukunftskonzept für alle Geislinger Schulen fehlt, ein Schulentwicklungsplan. Wenn ich die Diskussionen und manchmal auch Rangeleien im Schulbeirat verfolge, komme ich zu dem Schluss, dass es wohl doch angebracht sein könnte, einen solchen strategischen Plan zu erarbeiten. Ob das tatsächlich dann ein Papier mit dem hochtrabenden Begriff „Schulentwicklungsplan“ sein muss, sei dahingestellt.

Aber grundsätzlich stellen uns steigende Schülerzahlen und andere Änderungen in der Schullandschaft vor Aufgaben, die sowohl Standorte als auch Inhalte und Kosten betreffen. Ein Megathema, die Digitalisierung, beschäftigt die Gesellschaft. Die Digitalisierung schreitet auch in unseren Schulen voran, Bundes- und Landesregierung stellen Programme und Mittel zur Verfügung; daraus erwachsen vor Ort neue Wünsche und berechtigte Forderungen. Ich denke, das alles muss auf irgendeine Weise koordiniert werden. Möglicherweise ist die Verwaltung da auch schon viel weiter, als wir wissen. Wir hielten es für zielführend und stellen deshalb den Antrag, dem Gemeinderat darüber im Laufe des Jahres aus der Sicht der Verwaltung Bericht zu erstatten.

OB Dehmer hat in seiner Haushaltsrede darauf hingewiesen, dass wir nicht umhin kommen, in der Pestalozzischule und in der Stadtbadturnhalle etwas gegen die PCP-Belastung zu unternehmen. In den Schulen herrscht große Unruhe, denn sie warten jetzt schon sehr lange darauf. Bei solchen Problemstellungen kommen erfahrungsgemäß Emotionen hoch, das ist nur allzu verständlich. Andererseits ist die Stadt darauf angewiesen, vom Gesundheitsamt sowie von Sachverständigen belastbare Ergebnisse und Handlungsempfehlungen zu erhalten, um das Richtige zu tun. Dies sollte nun endlich passieren!

Was dann mittel- bis langfristig mit dem ehemaligen Stadtbad samt Turnhalle und Gymnastikraum geschehen soll, ist in den letzten Wochen verstärkt in die Diskussion gekommen, nachdem dringend Raum für weitere Kindergartengruppen benötigt wird. Dass der schlechte Gesamtzustand des Gebäudes offensichtlich eine Sanierung – für welche Zwecke auch immer – nicht ratsam erscheinen lässt, macht deutlich, dass unabhängig von der PCP-Belastung Lösungen für die Zukunft gesucht werden müssen. Keiner weiß heute wie – vor allem natürlich der Finanzierung wegen –, aber Schule und Vereine brauchen eine funktionsfähige Halle, wir können das nicht ewig vor uns herschieben. Vorbereitend sollte man sich deshalb zumindest einmal darüber klar werden, wie und wofür die Flächen des Stadtbads und im weiteren Umfeld des Notzentrums überhaupt später genutzt werden sollen.

Wie schnell man manchmal allen Finanznöten zum Trotz unverhofft für Lösungen sorgen muss, das verdeutlicht uns derzeit die angespannte Situation an den Kindergärten. Nachdem Verwaltung und Gemeinderat mit vereinten Kräften daran arbeiten und sich im Ziel einig sind, und nachdem die Vor-

gänge auch öffentlich transparent kommuniziert werden, möchte ich heute zu den Ausbauplänen nichts Weiteres ausführen.

Bildung, Jugend und Betreuung sind der dickste Brocken in unserem gesamten Haushalt. Neu hinzu kommt im nächsten Jahr das Projekt K 19, das wir begrüßen und von dem wir uns Positives erhoffen, insbesondere auch positive Auswirkungen auf manche problematische Entwicklung in der Oberen Stadt. „Kinderbetreuung fordert uns einiges ab“, sagte Herr Pawlak in seiner Haushaltsrede. Insgesamt 10,5 Mio. € werden im folgenden Jahr an Aufwendungen für die Kinderbetreuung veranschlagt. Man muss es wieder einmal ins öffentliche Bewusstsein rufen, dass die Stadt Geislingen damit überproportional viel tut.

Wir wollen das so, deshalb tun wir es auch! Wenn man sich im Vergleich dazu die andernorts oft katastrophale Kindergartenversorgung, die Zahl der fehlenden Kitaplätze in der reichen Stadt Stuttgart anschaut, wird erst klar, welchen Stellenwert die Stadt Geislingen der Kinderbetreuung, ihren Schulen und den außerschulischen Bildungseinrichtungen beimisst – und von wieviel Unkenntnis und billiger Stimmungsmache mancher Facebook-Eintrag zu diesem Thema in den letzten Wochen zeugt, so ganz nach dem Motto: „Die Stadt sollte ihr Geld endlich mal für Kinder und Jugend ausgeben!“ OB Dehmer hat in seiner Rede dankenswerter Weise den Finger auf diese Wunde gelegt und die manchmal unsäglichen „Shitstorms“ kritisiert, aber wir werden durch unsere sachlichen Beiträge daran leider nicht viel ändern, ja kaum richtig aufklären können.

Im Übrigen: Wie gerne würde jeder Kommunalpolitiker die Kindergartengebühren abschaffen. Es wäre für Eltern und Kinder gut, und wir würden uns manche Debatte, Kritik und viel Ärger ersparen. Wenn man allerdings die Zahlen unseres Haushaltsplans auf sich wirken lässt, müsste jedem klar sein, dass man sich so etwas allenfalls dann leisten könnte, wenn uns der Bund oder das Land die dafür nötigen Mittel komplett rüberschieben würden.

Zu 5. Stadtmarketingstrategie

Bei diesem Strategiepunkt möchte ich es heute bei dem belassen, was ich eingangs meiner Rede bereits ausgeführt habe.

Zu 6. Finanzen

Die Stadt Geislingen hat zumindest in diesem Jahr einige Strategieziele auf diesem Sektor erreicht. Eines davon lautete: die Einnahmen zu verbessern durch eine weitere Steigerung der Einwohnerzahl und durch die Ansiedlung von Gewerbe. Die Verschuldung wurde zurückgefahren, und es konnten Rücklagen gebildet werden. Ein weiteres im Vorjahr formuliertes Ziel sollten wir unbedingt beibehalten, nämlich unsere Zukunft so zu planen, dass wir nicht mehr ausgeben als wir einnehmen. Nur auf dieser Grundlage werden wir zu einer nachhaltigen Konsolidierung der städtischen Finanzen kommen. Im Hinblick auf die uns nachfolgenden Generationen stehen wir in der Verantwortung, dieses Ziel zu erreichen.

Wir können im Jahr 2019 voraussichtlich alle Aufgaben bewältigen, die wir uns vorgenommen haben. Der Alte Zoll nimmt bei den Investitionen einen Spitzenplatz ein. Wie bei unseren anderen Bauvorhaben auch, werden wir Gottseidank mit Zuschüssen gut bedient, dafür sind wir auch dankbar, in erster Linie dem Land, aber natürlich auch den anderen Zuschussgebern im Denkmalbereich usw. Denn es gilt ja immer noch unverändert der Grundsatz, dass wir uns Projekte ohne Zuschuss nicht leisten können.

Mit Sorge müssen wir aber auch auf diejenigen schauen, die uns das Geld wieder abnehmen. Umlagefinanzierer haben eine eigene Mentalität, weshalb sie stets der besonderen Beobachtung bedürfen. Ich unterstelle dem Landkreis nichts Böses, und ich möchte ausdrücklich feststellen, dass wir uns über ein kooperatives Miteinander freuen, es findet in vielen Bereichen statt und sollte eine Selbst-

verständlichkeit sein im Kreise der kommunalen Familie, wie das immer so schön bezeichnet wird. Der Landkreis Göppingen hat sich viel vorgenommen in den nächsten Jahren, und im Finanzplanungszeitraum lassen sich die daraus resultierenden Folgen bereits erkennen.

Zunächst freuen wir uns natürlich erst einmal, dass die vorgesehene Erhöhung der Kreisumlage wieder etwas zurückgenommen wurde, das verschafft auch der Stadt Geislingen wieder etwas mehr Luft. Aber eine reduzierte Erhöhung ist nach wie vor eine Erhöhung. Und leider geht die weitere Entwicklung im Laufe der nächsten Jahre munter nach oben, und das Schritt für Schritt der 40%-Punkt-Marke entgegen. Die Bürgermeister einiger Tälesgemeinden haben zurecht den Finger erhoben und aufgezeigt, dass dies ans Eingemachte geht und die Leistungskraft der Kommunen übersteigt. Sie haben das übrigens im Zusammenhang mit dem VVS-Beitritt getan, den letztlich niemand verhindern will. Aber es geht halt nicht, dass man so tut, als ob das eben alles aus einem großen Topf kommt und man nicht jeden Punkt einer Kreisumlagerhöhung konkret einem Projekt zuordnen könne.

Doch, das kann man und das muss man auch. Und wenn der politische Wille vorhanden ist, ein bestimmtes Projekt aufs Gleis zu setzen, dann muss man sich Gedanken machen, wie dessen Finanzierung oder besser Gegenfinanzierung durch Sparmaßnahmen an anderer Stelle darzustellen ist. Das gilt für den VVS genauso wie für einen Klinikneubau, eine Erweiterung des Landratsamts und andere Dinge mehr. Genau an diesem Punkt darf eben die Umlagefinanzierer-Mentalität nicht zum Tragen kommen, sondern es ist Aufgabe der Landkreisverwaltung und des Entscheidungsträgers Kreistag dafür zu sorgen, dass die Dinge im Lot und für die zahlenden Gemeinden erschwinglich bleiben.

Wenn dies in Verantwortung geschieht, und ich kann nur hoffen, dass dies im Kreis Göppingen so gehandhabt wird, ist dagegen nichts einzuwenden. Wenn man allerdings allein schon die Auswirkungen der gegenwärtigen Baukonjunktur und die Kostenentwicklung bei vielen Projekten sieht, muss es zulässig sein, die von den erwähnten Gemeinden geäußerte Sorge vorzutragen. Und ich muss sagen, ich teile diese Sorge auch aus der Sicht der Stadt Geislingen.

Der Gemeinderat der Stadt Geislingen hat in Wahrnehmung seiner Verantwortung im vergangenen Jahr eine Grundsteuererhöhung beschlossen. Das ist uns allen nicht leicht gefallen, ja, wir haben hart darum gerungen. Aus heutiger Sicht könnte man sich sogar fragen, ob das überhaupt nötig war. Wir versuchen natürlich über den Tellerrand eines einzigen guten Jahres hinauszuschauen und stehen deshalb zu unserer Entscheidung und unserer Verantwortung. Wenig Verständnis würde es bei uns aber auslösen, wenn wir es tun würden oder müssten, um eine weiter steigende Kreisumlage zu finanzieren.

Weitere Punkte

Wir haben uns in den letzten Jahren mit Anträgen sehr zurückgehalten. Dabei soll es im Grunde auch diesmal bleiben, das haben Sie im Verlauf dieser Rede bereits gemerkt. Die angespannte Personalsituation auf dem Rathaus ist ein Grund mehr, die Verwaltung nicht mit allzu vielen zeitaufwändigen Beantwortungen oder Sonderaufgaben zu beschäftigen. Und weder die bevorstehende Kommunalwahl noch die etwas bessere Finanzlage ist ein Grund, einen Wettbewerb über die Zahl der Anträge zu veranstalten. Der einzige Antrag unserer Fraktion, der eine (allerdings überschaubare) Kostenauswirkung hat, betrifft die Sportförderung.

Im Jahr 2013 wurden mit Rücksicht auf die Haushaltslage die Investitionszuschüsse auf insgesamt 50.000 € pro Jahr gedeckelt, in früheren Jahren wurden teilweise höhere Zuschüsse gewährt, zeitweise waren sie auch ganz ausgesetzt. Bei Einführung der Sportförderungsrichtlinien bestand keine Deckelung. Diese führt nun dazu, dass die in den städtischen Sportförderungsrichtlinien festgelegten Zuschüsse in manchen Jahren nicht in der vorgesehenen Höhe gewährt werden können. Somit entstehen Ungleichbehandlungen der Vereine, je nachdem, ob in einem Jahr mehr oder weniger Anträge eingehen. Auch müssen Vereine, die sich in den letzten Jahren wegen zwei Großinvestitionen eines einzelnen Vereins mit eigenen Anträgen solidarisch zurückgehalten haben, anteilige Reduzierun-

gen hinnehmen. Wir stellen deshalb den Antrag, die Festschreibung des Höchstbetrags von jährlich 50.000 € aufzuheben und die Förderzuschüsse – wie früher gehandhabt – jedes Jahr je nach Antrags- eingang zu beraten und zu beschließen. Dies würde im Haushaltsjahr 2019 einen Mehrbetrag von 28.180 € ausmachen. Die Gegenfinanzierung werden wir mit dem dafür vorgesehenen Formular ein- reichen.

Der Oberbürgermeister und alle Fraktionen haben dieser Tage einen Brief einer „Interessengemein- schaft Altstadt/Fußgängerzone“ erhalten. Darin werden Missstände aufgezeigt, aber auch Vorschläge für mögliche Lösungen. Besorgte Gebäudeeigentümer, Mieter und Gewerbetreibende begrüßen ei- nerseits die aktuellen Anstrengungen der Stadt, weisen aber auch auf negative Entwicklungen hin. Wie immer bei solchen Aktionen sind auch Emotionen im Spiel und manche Sachverhalte werden aus subjektiver Sicht von Betroffenen dargestellt. Wir haben jedoch den Eindruck, dass sich hier Bürge- rinnen und Bürger konstruktiv einbringen und um ein vernünftiges Miteinander bemühen. Wir bitten deshalb die Verwaltung, die beschriebenen Sachverhalte aufzuarbeiten und das Gespräch mit der Interessengemeinschaft zu suchen. Sie dürfen diese Bitte gerne auch als Antrag verstehen, aber ei- nen, der zumindest vorläufig nichts kostet. Im Übrigen werden in dem Brief in der Tat unschöne Vor- gänge beschrieben, die uns auch an anderen Stellen in der Stadt zu schaffen machen. Ich erinnere nur an die von uns wiederholt angemahnten Probleme mit der Sauberkeit entlang des Tälesbahn- radwegs, ein echtes Ärgernis!

Abschließen möchte ich meine Ausführungen diesmal mit einem weiteren Ärgernis, ich nenne es mal das **Ärgernis des Jahres**. Ich weiß, jedermann rechnet jetzt wahrscheinlich mit dem Michelberg- Gymnasium. Dass dies ein großes Ärgernis ist, darüber gibt es wohl keinen Zweifel. Aber dazu ist im Laufe des Jahres schon so viel gesagt worden, dass ich dies heute nicht vertiefen will. Lediglich viel- leicht der Hinweis, dass uns dieses Thema natürlich noch sehr gründlich beschäftigen wird und nach meinem Eindruck derzeit alles getan wird, was unabdingbar aufgeklärt werden muss. Und vor allem haben wir dafür zu sorgen, dass finanzieller Schaden, der der Stadt entstanden ist, gegenüber denen, die ihn zu vertreten haben, auch geltend gemacht wird.

Nein, mein Ärgernis des Jahres ist ein ganz anderes: es hat einen Namen und heißt Till – Guido Till, Oberbürgermeister der Stadt Göppingen. Es ist schade, dass mit einer Hasstirade, wie er sie gegen die Stadt Geislingen losgelassen hat, der eine oder andere seiner sonstigen, vielleicht berechtigten Kritikpunkte, die er vorgetragen hat (ich denke z. B. an die hohen Rücklagen des Landkreises oder an seine Aussagen zur Kreisumlage) nicht nur verpuffen, sondern von einem normal denkenden Men- schen auch nicht mehr ernst genommen werden können. Ein solches Verhalten ist eines Oberbür- germeisters nicht würdig.

Das wäre nun aber kein schöner Schluss meiner Rede. Dieser soll vielmehr darin bestehen, den Dank unserer Fraktion auszusprechen an alle, die an welcher Stelle auch immer zum Miteinander in unse- rer Stadt beigetragen haben. Der internationale Tag des Ehrenamts letzte Woche gab Gelegenheit, allen Menschen auf jenem Sektor ein herzliches Dankeschön zu sagen, ich bekräftige es heute gerne noch einmal. Dank für eine konstruktive Zusammenarbeit sagen wir dem gemeinderätlichen Kollegi- um, dem Oberbürgermeister stellvertretend für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwal- tung, im Besonderen Herrn Pawlak und Frau Dreher für die kompetente Vorbereitung des Haushalts- und Finanzplans, der Ortsvorsteherin und den Ortsvorstehern unserer Stadtbezirke sowie den Kolle- ginnen und Kollegen in den Ortschaftsräten. Sie alle sind nach bestem Wissen und Gewissen dem von mir schon öfters bemühten Bibelzitat, Jeremia 29.7, nachgekommen: „Suchet der Stadt Bestes!“ In diesem Geiste wollen und sollten wir auch die weiteren Haushaltsberatungen führen und zwar mit dem zweiten Teil meines Lieblingszitats im Hinterkopf: „und betet für sie zum Herrn; denn wenn's ihr wohl- geht, so geht's euch auch wohl.“